

Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Festsetzung des Wasserschutzgebietes Wasserwerk Nord des Wasserversorgungsverbandes Rotenburg-Land vom 21.12.2011

Aufgrund der §§ 51 und 52 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31.07.2009 (Bundesgesetzblatt I S. 2585) und § 91 Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) in der Fassung vom 19.02.2010 (Nds. GVBl. S. 64) wird verordnet:

§ 1

Für die der öffentlichen Wasserversorgung dienenden, auf den Flurstücken 137/29, 140 und 141/6, Flur 1, Gemarkung Westerholz, gelegenen Brunnen I bis V für das Wasserwerk Nord, Westerholz, wird zum Schutz der Gewässer vor nachteiligen Einwirkungen ein Wasserschutzgebiet zum Wohl der Allgemeinheit festgesetzt. Das durch die Verordnung begünstigte Unternehmen ist der Wasserversorgungsverband Rotenburg-Land, Zum Adel 101, OT Unterstedt in 27356 Rotenburg (Wümme).

§ 2

- (1) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in die Schutzzonen I (Fassungsbereich), II (engere Schutzzone und III A und III B (weitere Schutzzonen)).
- (2) Das Wasserschutzgebiet liegt in den Gemarkungen Westerholz, Borchel, Abbendorf, Hetzwege, Wittkopsbostel und Hesedorf.
- (3) Die Grenzen des Wasserschutzgebietes werden wie folgt beschrieben:
 - a. Begrenzung der Schutzzone I:

Die Grenzen der Schutzzone I verlaufen auf einem Radius von 10 Metern, gemessen vom Brunnenaufsatzrohr, allseitig um jeden Grundwasserförderbrunnen.
 - b. Begrenzung der Schutzzone II:

Die Schutzzone II verläuft in einem Radius von 100 Metern, gemessen vom Brunnenaufsatzrohr, allseitig um jeden Grundwasserförderbrunnen.
 - c. Begrenzung der Schutzzone III:

Die Schutzzone III beginnt im Norden in der Gemarkung Abbendorf, Richtung Osten durch die Gemarkung Hetzwege in die Gemarkung Wittkopsbostel. Von dort südlich durch die Gemarkung Hetzwege in die Gemarkung Westerholz, dann westlich in die Gemarkung Borchel und von dort nördlich verlaufend, die Gemarkung Hesedorf anscheidend, durch die Gemarkung Borchel in die Gemarkung Abbendorf zum nördlichen Ausgangspunkt.

-
- (4) Die Grenzen des Wasserschutzgebietes und seiner Schutzzonen sind in der mit veröffentlichten Übersichtskarte (Anlage) im Maßstab 1 : 30 000 dargestellt.
- (5) Die genauen Grenzen des Wasserschutzgebietes und seiner Zonen ergeben sich aus den Karten im Maßstab 1 : 2.500, die Bestandteil dieser Verordnung sind. Ausfertigungen dieser nicht veröffentlichten Karten befinden sich beim Landkreis Rotenburg (Wümme), dem Wasserversorgungsverband Rotenburg-Land, der Stadt Rotenburg (Wümme) und den Gemeinden Scheeßel und Gyhum.
- Die Karten können dort während der Sprechzeiten von jedermann kostenlos eingesehen werden.
- Durchschneidet die Grenze Flurstücke, sind jeweils zu Beginn und Ende der Grenzlinie in Sichtweite deutlich erkennbare Zeichen gesetzt, soweit diese Punkte nicht durch natürliche Merkmale (Nutzungsartengrenze und dgl.) erkennbar sind.

§ 3

- (1) Die Schutzzone I darf nur durch Befugte zur Vornahme solcher Handlungen betreten werden, die erforderlich sind
- a) zur Pflege der Schutzzone
 - b) für den Betrieb und die Überwachung der Wassergewinnungsanlagen
 - c) zur baulichen und betrieblichen Veränderung der Wassergewinnungsanlagen.
- (2) Die Anwendung von Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln ist in der Schutzzone I verboten.
- Darüber hinaus ist jegliche Düngung untersagt, soweit sie nicht in geringen Mengen zur Erzielung einer geschlossenen Grasnarbe erforderlich ist.

§ 4

In dem Wasserschutzgebiet sind folgende Handlungen nach Maßgabe der nachstehenden Aufstellung in den jeweiligen Schutzzonen verboten (V), eingeschränkt zulässig (G) oder zulässig aufgrund dieser Verordnung (-). Die über die Schutzbestimmungen dieser Verordnung hinausgehenden Verbote und Genehmigungsvorbehalte nach anderen Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

Abwasser

	Zone II	Zone III A	Zone III B
1. Einleiten von Abwasser in den Untergrund			
1.1 Versenken von Abwasser über Schluckbrunnen, Sickerschächte oder vergleichbare Einrichtungen direkt ins Grundwasser	V	V	V
1.2 Einleiten und Versickern von Abwasser in den Untergrund unterhalb der belebten Bodenzone			
1.2.1 Schmutzwasser aus dem häuslichen Bereich nach Behandlung in einer Kleinkläranlage oder einer gleichwertigen Anlage	V	G	G
1.2.2 Sonstiges Schmutzwasser und von Verkehrsflächen oder mit diesen vergleichbaren Flächen (gewerbliche / landwirtschaftliche Betriebs- und Hofflächen) abfließendes Niederschlagswasser	V	V	V
1.2.3 Niederschlagswasser von Dachflächen aus unbeschichteten Metallen	V	V	V
1.2.4 Niederschlagswasser von anderen Dachflächen als Pkt. 1.2.3. sowie von Hof- und Terrassenflächen bei Wohngrundstücken	V	-	-
1.3 Verrieseln oder Versickern von Abwasser über die belebte Bodenzone			
1.3.1 Schmutzwasser aus dem häuslichen Bereich nach Behandlung in einer Kleinkläranlage oder einer gleichwertigen Anlage	V	G	G
1.3.2 Sonstiges Schmutzwasser	V	V	V
1.3.3 Von Verkehrsflächen oder mit diesen vergleichbaren Flächen (gewerbliche / landwirtschaftliche Betriebs- und Hofflächen) abfließendes Niederschlagswasser	V	G	G
1.3.4 Niederschlagswasser von Dachflächen aus unbeschichteten Metallen	V	G	G
1.3.5 Niederschlagswasser von anderen Dachflächen als Pkt. 1.3.4. sowie von Hof- und Terrassenflächen bei Wohngrundstücken	G	-	-
2. Abwasserkanäle und Abwasserleitungen	V	G	-
3. Einleiten von Abwasser in oberirdische Gewässer, ausgenommen nicht schädlich verunreinigtes Niederschlagswasser im Rahmen des Gemeindegebrauchs gem. § 25 WHG in Verbindung mit § 32 NWG	V	G	G
4. Errichten oder wesentliches Ändern von Abwasserbehandlungsanlagen oder Abwassersammelgruben	V	G	G
5. Verregnen oder Verwerten von Abwasser im Rahmen der Landbewirtschaftung	V	V	V
6. Versenken oder Versickern von Kühlwasser	V	G	G

Land- und Forstwirtschaft und Erwerbsgartenbau

	Zone II	Zone III A	Zone III B
7. Aufbringen von Mist jeder Art (z.B. Stallmist, Geflügelmist) auf			
7.1 landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzte Flächen	V	V von der Ernte der letzten Hauptfrucht bis zum 31. Januar; V beginnt erst am 16. Sept., wenn eine Zwischenfrucht oder Winterraps angebaut wird.	
7.2 forstwirtschaftlich genutzte Flächen	V	V	V
8. Ausbringen von Sekundärrohstoffdüngern, die von den vorgenannten und anderen Schutzbestimmungen nicht erfasst sind	V	G	G
9. Lagerung und Zwischenlagerung von Düngemitteln jeder Art, Sekundärrohstoffdüngern sowie von Gärfutter/Silage außerhalb von undurchlässigen baulichen Anlagen mit Auffangvorrichtung	V	V	V
10. Anbauen von Sonderkulturen auf landwirtschaftlich oder gartenbaulich genutzten Flächen sowie Einrichten oder Erweitern von Baumschulen oder Gartenbaubetrieben	V	G	G
11. Anwenden von nicht für Wasserschutzgebiete zugelassenen Pflanzenschutzmitteln, etc.	V	V	V
12. Dauerpferche oder Freilandhaltung sowie Betreiben von Winterweiden mit Zufütterung oder Pferchen	V	G	G
13. Einrichten von Holzpolterplätzen mit Beregnung	V	G	G

Wassergefährdende Stoffe

	Zone II	Zone III A	Zone III B
14. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 62, Abs. 3 WHG außerhalb von Anlagen, Vorrichtungen oder Behältnissen, aus denen ein Eindringen in den Boden nicht möglich ist *mit Ausnahme von im Rahmen ordnungsgemäßer Landwirtschaft aufgebrauchten Dünge- und Pflanzenschutzmitteln	V	V*	V*
15. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen gem. § 62, Abs. 3 WHG	V	-	-

	Zone II	Zone III A	Zone III B
16. Befördern wassergefährdender Stoffe im Sinne des § 62 Abs. 3 WHG durch Fahrzeuge, ausgenommen Anliegerverkehr	V	-	-
17. Befördern wassergefährdender Stoffe im Sinne des § 62 Abs. 3 WHG in Feldleitungen	V	G	G

Abfall, bauliche Anlagen, Sondernutzungen

	Zone II	Zone III A	Zone III B
18. Lagern, Ablagern, Behandeln oder Umschlagen von Abfällen			
18.1 Errichtung oder wesentliche Änderung von Anlagen zum Ablagern von Abfällen	V	V	V
18.2 Errichtung oder wesentliche Änderung von Anlagen zum Behandeln, zum Umschlagen oder zum Lagern von Abfällen gem. Anhang zur 4. BImSchV, Spalte 1 (ausgenommen Kompostierungsanlagen)	V	V	V
18.3 Errichtung oder wesentliche Änderung von Kompostierungsplätzen oder Kompostierungsanlagen mit Ausnahme der Eigenkompostierung	V	G	G
19. Errichtung oder wesentliche Änderung von Biogasanlagen	V	G	G
20. Schrottanlagen und Autowrackplätze			
20.1 Neuanlegen oder Erweitern von Anlagen zur Lagerung oder Behandlung von Autowracks (Autowrackplätze)	V	V	V
20.2 Errichten oder wesentliches Ändern von Anlagen zur Lagerung oder Behandlung von Schrott mit wassergefährdenden Bestandteilen	V	V	V
20.3 Errichten oder wesentliches Ändern von Anlagen zur Lagerung oder Behandlung von Schrott ohne wassergefährdende Bestandteile	V	G	G
21. Errichten oder Erweitern von baulichen Anlagen mit Ausnahme von baulichen Anlagen für Wohnzwecke (incl. Nebengebäude) als Einzelbebauung	V	G	G
22. Bauen von Straßen			
22.1 soweit die Maßnahmen nicht den „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten (RiStWag in der zur Zeit gültigen Fassung)“ entsprechen	V	V	V
22.2 Neubauen und Ausbauen von befestigten, für Motorfahrzeuge zugelassenen Wegen, Straßen und Plätzen unter Beachtung der RiStWag in der zur Zeit gültigen Fassung	V	-	-

		Zone II G	Zone III A -	Zone III B -
22.3	Bauen von land- oder forstwirtschaftlichen Wirtschaftswegen			
23.	Bahnanlagen			
23.1	Bau von Bahnlinien	V	G	G
23.2	Bau oder wesentliche Erweiterung von Güterumschlagsanlagen der Eisenbahn, Rangierbahnhöfen	V	G	G
24.	Verwendung von Materialien im Straßen-, Wege-, Wasser- oder Landschaftsbau,			
24.1	wenn diese Materialien auswaschbare wassergefährdende Stoffe oder Beimengungen enthalten oder die Inhaltsstoffe durch Umwandlung wassergefährdend wirken können	V	V	V
24.2	wenn diese Materialien die Anforderungen nach LAGA M 20 (Mitteilung der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall: „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen“) einhalten	V	G	G
25.	Bau von Start-, Lande-, Sicherheitsflächen oder Notabwurfflächen des Luftverkehrs	V	V	V
26.	Bau von militärischen Anlagen oder Einrichten von Übungsplätzen	V	V	V
27.	Durchführung von Manövern oder Übungen von Streitkräften oder ähnlichen Organisationen,			
27.1	soweit sie nicht dem DVGW-Merkblatt W 106 entsprechen	V	V	V
27.2	soweit die Anforderungen des DVGW-Merkblatt W 106 eingehalten werden	V	G	G
28.	Sport- und Freizeiteinrichtungen oder -Veranstaltungen			
28.1	Bau oder wesentliche Erweiterung von Sport- oder Freizeiteinrichtungen, von denen keine nutzungsbedingt erhöhten Grundwassergefährdungen ausgehen (z.B. Campingplätze, Badeanstalten, Fußballplätze, Golfplätze), Betrieb von Badeseen	V	G	G
28.2	Bau oder wesentliche Erweiterung von Sport- oder Freizeiteinrichtungen, von denen nutzungsbedingt erhöhte Grundwassergefährdungen ausgehen (z.B. Tontaubenschießstände, sonstige Schießstände für Handfeuerwaffen, Rennbahnen für den Motorsport) sowie Durchführen von Motorsportveranstaltungen außerhalb der dafür zugelassenen Verkehrswege oder -flächen	V	V	V
28.3	Durchführen von Märkten, Volksfesten oder sonstigen Großveranstaltungen außerhalb dafür vorgesehener Anlagen	V	G	G

	Zone II	Zone III A	Zone III B
29. Einrichtung oder wesentliche Erweiterung von Kleingartenkolonien	V	G	G
30. Friedhöfe			
30.1 Neuanlegen von Friedhöfen	V	V	V
30.2 Erweitern von Friedhöfen	V	V	G
31. Vergraben oder Ablagern von Tierkörpern oder Tierkörperteilen, ausgenommen geringe Stückzahlen (Tierkörperteile) im Rahmen der jagdlichen Praxis	V	V	V
32. Anlagen oder wesentliches Ändern von Fischteichen			
32.1 gedichtete Anlagen	V	G	G
32.2 ungedichtete Anlagen	V	V	V

Bodeneingriffe

33. Arbeiten, die so tief in den Boden eindringen (Erdaufschlüsse), dass sie sich unmittelbar oder mittelbar auf die Bewegung, die Höhe oder die Beschaffenheit des Grundwassers auswirken können	V	G	G
34. Bodenabbau oder Erdaufschlüsse, durch die die Grundwasserüberdeckung auf Dauer vermindert wird	V	G	G
35. Verfüllung von Bodenabbaustellen oder Erdaufschlüssen mit mineralischen Reststoffen,			
35.1 wenn diese Materialien die Anforderungen nach LAGA M 20 (Mitteilung der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall: „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen“) nicht erfüllen	V	V	V
35.2 wenn diese Materialien die Anforderungen nach LAGA M 20 (Mitteilung der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall: „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen“) einhalten	V	G	G
36. Anlagen und Maßnahmen des Bergbaus (einschl. hydraulic fracturing) mit Eingriffen in die Grundwasserüberdeckung	V	G	G
37. Durchführen von Sprengungen	V	G	G
38. Bohrungen (mit Ausnahme für die öffentliche Wasserversorgung) von mehr als 3 m Tiefe	V	G	G
39. Erdwärmennutzung und andere geothermische Anlagen (z.B. Erdwärmesonden, Erdwärmekollektoren, etc.)	V	G	G

§ 5

Anlagen, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung rechtmäßig vorhanden sind, jedoch den Vorschriften des § 4 nicht entsprechen, bleiben weiter zugelassen. Die zuständige Wasserbehörde kann jedoch im Interesse der Gefahrenabwehr die Maßnahmen anordnen, die erforderlich sind, um den Zweck dieser Verordnung zu erreichen.

§ 6

- (1) Die Eigentümer und die Nutzungsberechtigten der im Wasserschutzgebiet liegenden Grundstücke haben zu dulden, dass Beauftragte der Wasserbehörden und der von ihnen ermächtigten Stellen nach vorheriger Ankündigung die Grundstücke betreten, um die Einhaltung der Schutzbestimmungen nach § 4 zu überprüfen und um Maßnahmen durchzuführen, die zum Schutz der Wassergewinnungsanlagen erforderlich sind, z. B. Aufstellen von Hinweisschildern und Zäunen, Lagern von Hilfsstoffen zur Sicherung des Grundwassers, Entnahme von Bodenproben, Anlagen und Betrieb von Grundwasserbeobachtungsbrunnen u. ä.
- (2) Bei Gefahr in Verzug bedarf es der vorherigen Ankündigung nicht.
- (3) Der Landkreis Rotenburg (Wümme) kann den Begünstigten verpflichten, die nach Abs. 1 zu duldenden Maßnahmen vorzunehmen.

§ 7

- (1) Der Landkreis Rotenburg (Wümme) kann von den Verboten der §§ 3 und 4, den Duldungs- und Handlungspflichten der §§ 5 und 6 der Verordnung im Einzelfall widerruflich und befristet befreien, wenn der Schutzgebietszweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern.
- (2) Die nach § 4 eingeschränkt zulässigen Handlungen der Verordnung dürfen nur mit Genehmigung des Landkreises Rotenburg (Wümme) vorgenommen werden. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn zu befürchten ist, dass eine der dort genannten Handlungen oder Maßnahmen auf das durch diese Verordnung geschützte Grundwasser nachteilig einwirken kann und diese Nachteile nicht durch Bedingungen oder Auflagen verhütet werden können.
- (3) Die Befreiung nach Abs. 1 und die Genehmigung nach Abs. 2 sind jeweils zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird.

§ 8

Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen Bestimmungen dieser Verordnung verstößt, handelt ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit wird nach § 103 Abs. 1 Nr. 8 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 50.000 EUR, bei Verletzung der Aufzeichnungspflichten bis zu 10.000 EUR, geahndet. Unberührt bleiben Regelungen und Zuständigkeiten nach anderen Rechtsvorschriften.

§ 9

- (1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Landkreis Rotenburg (Wümme) in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk „Nord“ des Wasserversorgungsverbandes für den Landkreis Rotenburg vom 25. September 1978 (Amtsblatt Nr. 22 für den Regierungsbezirk Lüneburg vom 02.11.1978) außer Kraft.

Rotenburg/Wümme, 21.12.2011

Landkreis Rotenburg (Wümme)
Der Landrat

(Luttmann)